



Editorial

„Konsumentensozialismus“ nannte ein führender Industrievertreter die Soziale Marktwirtschaft, als Ludwig Erhard sie Ende der vierziger Jahre einführte. Vielen erschien es absolut undenkbar, dem Bürger die Wahlentscheidung über den Kauf der Güter zu überlassen. Dabei ist Konsumentensouveränität das ökonomische Pendant zur Demokratie. Dieses Ideal wurde – trotz des steten Bemühens seit Erhard – bis heute nicht erreicht; deshalb muß man den Riß, der durch die Wirtschaft verläuft, und marktwirtschaftlichen Teilen zur Blüte, staatswirtschaftlichen zu ständigen Defiziten verhilft, anprangern. Zu oft schreibt der paternalistische Staat den Bürgern ihr vermeintliches Glück vor und schwächt so die eigentlich gewollte liberale Legitimität und die ordnende Kraft des Markts.

Thema Kinderbetreuung: Angesichts der demographischen Implosion benötigen wir mehr Hochqualifizierte am Arbeitsmarkt, also auch eine Verstärkung der Partizipation von Frauen. Frei nach Adam Smith, der die wohlfahrtserhöhenden Wirkungen der Arbeitsteilung ausgiebig beschrieb, lohnt sich das „Outsourcen“ der Kinderbetreuung genau dann, wenn ein Wohlstandseffekt verbleibt – bei Anbietern wie bei Nachfragern, der vor allem bei den Eltern nicht nur in Geld zu messen ist. Der Staat sollte Mindeststandards setzen. Im Wettbewerb würde sich entscheiden welche Betreuungsangebote für Kleine und Kleinste notwendig sind und wer es vorzieht, seine Erziehungsaufgabe selbst wahrzunehmen.

Wenn bei niedrigen Einkommen diese Arbeitsteilung ökonomisch nicht sinnvoll ist, kann sie es aber aus sozialpolitischen Gründen sein. Dann soll der Staat die Familie durch entsprechende Transfers ertüchtigen, ihr aber ihre Wahlfreiheit lassen, um den Wettbewerb der Anbieter nicht zu zerstören. Familien die Fähigkeit abzusprechen, ihr Geld sinnvoll auszugeben, geht an die Grenze des Demokratieverständnisses, das die Wähler nicht nach sozialer Herkunft oder Ausbildungsabschluß einteilt. Weiterhin wird von vielen Fachleuten die frühkindliche Betreuung als entscheidend für die positive Persönlichkeitsentwicklung und spätere intellektuelle Kompetenzen erachtet. Auch hier setzt man Anreize am besten mit Transfers, die in der Familie eine Wahlfreiheit ermöglichen. Wenn die Sozialpolitiker skeptisch sind: warum probieren Sie die Marktlösung nicht regional abgegrenzt aus?

Oder geht es um etwas anderes? In Deutschland existiert praktisch kein Bezug zwischen der Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen und Geburtenraten. Vielleicht sind andere Dinge viel wichtiger, beispielsweise positive Umfeldfaktoren für individuelle Lebensentwürfe – man sollte darüber nachdenken.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*